Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort

Ausgabe April 2014





Sabine Bächle-Scholz MdL



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Hessen hat gewählt und die Landesregierung von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen ist seit dem 18. Januar im Amt.

Diese – in einem Flächenland – neue Koalition hat sich viel vorgenommen. Einige Aspekte des Koalitionsvertrages möchte ich Ihnen in dieser Ausgabe vorstellen.



Nachdem auch auf Bundesebene eine neue

Regierung mit einer neuen Agenda im Amt ist, freut es mich, dass mein Kollege Dr. Franz Josef Jung aus dem Bundestag hierüber einen Gastbeitrag zur Verfügung gestellt hat.

Eines der großen bundespolitischen Themen stellt die Rentenreform dar. Hierzu durfte ich im Landtag sprechen und möchte diesen Rahmen nutzen Ihnen aufzuzeigen, wie diese Reform die Gerechtigkeit in unserem Land voranbringt.

Die Schulpolitik war und ist das "heiße Thema" in jedem Landtagswahlkampf. Die politischen Lager reklamieren hier jeweils für sich die Deutungshoheit, was gut und was weniger gut für die Schülerinnen und Schüler ist. Ohne die Debatte in der Sache aufzulösen lässt sich eines vorweg sagen: Das ewige Hin und Her ist nicht gut. Dieses zu beenden haben wir uns für diese Legislatur vorgenommen und wollen zum einen mittels eines Bildungsgipfels kurzfristig Ruhe ins Boot bringen und zum anderen mittels einer Enquete-Kommission wissenschaftlich bestimmen, wo langfristig die Planung hingehen wird.

Auch in dieser Ausgabe kommt ein Schülerpraktikant, Herr Philip Kunkel, zu Wort. Seine Eindrücke sind im besten Sinne von der Offenheit der Jugend getragen. Spannende Einblicke in eine ihm neue Welt lesen Sie auf Seite 5.

Am 15. Juni wählt Kelsterbach einen neuen Bürgermeister. Die CDU schickt hier einen hervorragenden Kandidaten ins Rennen, den ich Ihnen auf Seite 8 vorstellen möchte.

Sie sind herzlich eingeladen, jederzeit mit mir ins Gespräch zu kommen und meiner Arbeit bei Facebook weiterhin zu folgen.

Herzliche Grüße,



In dieser Ausgabe:

- Schwarz-Grün in Hessen S. 3
- Die Landesregierung S. 4
- Praktikumsbericht Philip Kunkel S. 5
- Rentenpläne Mehr Gerechtigkeit S.6
- CDA Landtagsgruppe konstituiert Bächle-Scholz erneut Vorsitzende S. 7
- Vorstellung Daniel Wenzel Bürgermeisterkandidat für Kelsterbach S. 8
- Für Sie im Landtag S. 9
- Für Sie vor Ort S. 10
- Schwarz-Rote Koalition im Bund S.11
- Impressionen S. 12-17

Schwarz-Grün in Hessen

Am 22. September 2013 waren knapp 4,3 Millionen Hessen aufgerufen einen neuen Landtag zu wählen. Die Wahlbeteiligung war mit 73,2 % verhältnismäßig hoch, nachdem sie bei der vorangegangen Wahl 2009 mit nur 61 % ihren historischen Tiefststand hatte. Die Auszählung der Stimmen und mit ihr die Auswirkungen auf mögliche Koalitionen blieb bis zuletzt spannend.

Vor der Wahl waren als Wunschkoalitionen einerseits Schwarz-Gelb, andererseits Rot-Grün ausgegeben worden. Beide erhielten jedoch bei der Wahl nicht die erforderliche Mehrheit von 56 der 110 Sitze im Landtag. Schwarz-Gelb kam zusammen auf 53, Rot-Grün auf 51 Sitze.

Es war daher erforderlich, nach neuen Mehrheiten zu suchen. Sondierungsgespräche wurden geführt zwischen CDU und SPD, CDU und Grünen sowie SPD, Grünen und den Linken. Die CDU erklärte letztlich mit den Grünen eine Koalition bilden zu wollen. Begründet wurde dies mit einer insgesamt größeren Übereinstimmung bei Sachfragen.

In raschen und zielorientierten Verhandlungen im Dezember 2013, an denen auch ich selbst mitgewirkt habe, wurde schließlich ein Koalitionsvertrag erarbeitet, der die erste Schwarz-Grüne Regierung in einem Flächenland besiegelte. Hier nun einige Kernthemen des am 23.12.2013 unterzeichneten Koalitionsvertrages:

Ressortverteilung: Die CDU stellt den Ministerpräsidenten und acht Minister. Die Grünen erhalten die Ressorts Wirtschaft und Umwelt, dazu einen Staatssekretär im Sozialministerium (Jo Dreiseitel aus Rüsselsheim).

Finanzen: Die Landesregierung bekennt sich zur Schuldenbremse.

Nachmittag Außer dem Pakt für den Grundschulen, dem Sozialbudget, der Sportförderung und einer Garantie i.H.v. 30 Mio. € für Brand- und Katastrophenschutz stehen alle Planungen unter Finanzierungsvorbehalt. 1.800 Stellen Landesdienst sollen wegfallen, wobei Lehrer hiervon Freiwillige ausgenommen sind. Leistungen, Verwaltungsausgaben und Investitionen werden zunächst um 50 Mio. € reduziert. In den Folgejahren wird dies fortgeführt. Die Grunderwerbsteuer steigt 2015 von fünf auf sechs Prozent.

Frankfurter Flughafen: Durch die abwechselnde Nutzung von Startund Landebahnen sollen regelmäßige nächtliche Lärmpausen von sieben Stunden möglich werden. Die Zahl der maximalen Flugbewegungen ist noch offen. Das derzeitige Nachtflugverbot gilt für sechs Stunden zwischen 23.00 und 5.00 Uhr. Zudem soll der Bau des geplanten Terminal 3 auf den Prüfstand gestellt werden.

Schule: Am Schulsystem werden keine Änderungen vorgenommen. Laufende fünfte, sechste und siebte

Gymnasialklassen dürfen aber auf Wunsch zum Abitur nach 13 Jahren (G9) zurückkehren. Das erst 2013 eingerichtete Landesschulamt wird wieder abgeschafft. Ein Bildungsgipfel soll Weichen für die Schulpolitik der kommenden zehn Jahre stellen. Grundschulkinder sollen mit Hilfe von Kommunen und Eltern bis 17.00 Uhr betreut werden.

Soziales: Ein Sozialbudget soll Hilfsorganisationen eine verlässliche Planungsgrundlage geben. Frauenhäuser und Schuldnerberatungen werden künftig wieder vom Land gefördert. Eine Antidiskriminierungsstelle wird eingerichtet. Die Ausbildung der Pflegeberufe wird

eingerichtet. Die Ausbildung der Pflegeberufe wird demographiegerecht umgestaltet durch modularen Aufbau und die Berücksichtigung interkultureller Gesichtspunkte. Die Integration behinderter Menschen in Gesellschaft Arbeitsmarkt wird forciert. Der "Pakt für Ausbildung" wird neu gestartet.

Kindergarten: Das Kinderförderungsgesetz ist wie geplant mit Jahresbeginn in Kraft getreten. Es stellt die Finanzierung von Gruppen auf das einzelne Kind um. Für behinderte Kinder wird der Pauschalbetrag erhöht. Später soll ein runder Tisch erste Erfahrungen mit dem Gesetz auswerten und Änderungen vorschlagen.

Energiewende: Der Ökostromanteil soll in den kommenden fünf Jahren auf knapp ein Viertel verdoppelt werden. Die Kommunen sollen sich stärker am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligen dürfen. Das Ziel wird bekräftigt, auf zwei Prozent der Landesfläche Windkraftanlagen zu bauen.



Die Landesregierung



Ministerpräsident Volker Bouffier



Stellv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Energie und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir



Chef der Staatskanzlei Finanzminister **Axel Wintermeyer**



Dr. Thomas Schäfer



Innenminister Peter Beuth



lustizministerin



Sozialminister Eva Kühne-Hörmann Stefan Grüttner



Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten **Lucia Puttrich**



Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz



Minister für Wissenschaft und Kunst **Boris Rhein**

der CDU sehr gut aufgestellt.



Umweltministerin Priska Hinz



Südhessen ist mit Staatssekretär Thomas Metz im Justizministerium und Manfred Pentz als Generalsekretär



Praktikumsbericht Philip Kunkel

Hallo Liebe/er Leser/Leserinnen,

ich bin Philip Kunkel aus Nauheim, bin 15 Jahre alt und habe ein zwei Wochen Praktikum (20.-31.01.2014) beim hessischen Landtag in Wiesbaden bei der Abgeordneten Sabine Bächle- Scholz gemacht.

Dazu bin ich ein Jugendlicher wie jeder andere auch, der gerne mal mit Freunden etwas unternimmt und sich kein Stück für Politik interessiert, was jedoch nur bis vor zwei Wochen der Fall war.



Mit dem Generalsekretär der CDU Hessen Manfred Penz

In diesen zwei Wochen hab ich mehr über Politik gelernt, als in einem halbem Jahr in der Schule. Die meisten denken, dass die Politiker sich nur auf ihrem Geld ausruhen und dass sie vielleicht langweilig wären und spießig seien, aber ich kann euch sagen, das ist falsch. In meinem Umfeld waren alle sehr nett und manche sogar witzig. Sie sind sehr lange am Arbeiten und erledigen dauernd Papierkram und müssen Unmengen von Papierstapeln lesen, sortieren und drucken.

Zu Ende ist der Tag dann noch lange nicht, nach der Büroarbeit kommen die ganzen Sitzungen und Besprechungen. Da ist das Wochenende weg.

Man muss auch IMMER auf dem neusten Stand sein, was grade los ist oder wer was gesagt hat und was folgt draus und was dann in der nächsten Fraktion draus folgt.

Politiker sind auch nur Menschen die gerne mal auf Facebook oder Twitter gehen oder auch eine Zeitung lesen, die sogar Familie haben und sich um sie kümmern. Manche sogar setzten sich für andere in anderen Länder ein und um Sachen die man vorher gar nicht kannte. Es gibt natürlich auch Politiker die nicht so sind wie beschrieben aber Ausnahmen gibt es immer überall.

Meine Aufgaben waren aber auch nicht ohne. Ich war zum Beispiel bei einer Fraktionssitzung dabei und wie man weiß versteht man nicht alles, was die Leute dort vorne sagen, aber es war interessant zuzuhören, aber wie auch immer.

Ich habe zum Beispiel bei einem Vortrag über den Koalitionsvertrag geholfen und hab dabei viel neues gelernt, zum Beispiel mit Excel oder PowerPoint zu arbeiten.

Nach den zwei Wochen ist mir klar geworden, dass Politik falsch beigebracht wird, denn es wird nie über die Hintergründe gesprochen, wodurch die Leute die Entscheidung nicht verstehen und dann sauer sind. In der Schule werden nur die Fremdwörter oder Zusammenhänge erklärt oder wer was im Landtag macht.

Mehr dann auch nicht. Man lernt nie ein Verständnis für die Politiker kennen.

Das erste woran die Jugendliche denken wenn sie das Wort Politik hören ist langweilig: brauch ich nicht, wozu brauch ich das alles überhaupt? Das, was die da reden verstehen sowieso nur die usw.

Mein Fazit ist, dass mir dieses Praktikum sehr viel gezeigt hat und mir sind auch andere Sachen wirklich klar geworden und ich weiß jetzt auch wirklich Bescheid über Politik und Politiker. Ich wünsche anderen eine genau so oder bessere Erfahrung als ich sie gemacht habe und hoffe auch, dass man mal Wählen geht, weil es wirklich etwas bringt. Ich habe auf jeden Fall sehr viel mitgenommen und werde es nutzen, um meinen Traumberuf als Polizist zu schaffen.

Liebe Grüße Philip Kunkel

> Mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier



Rentenpläne – Mehr Gerechtigkeit

Die Große Koalition in Berlin betrachtet die Reform der Rentensysteme unseres Landes als die große Herausforderung ihrer Regierungszeit.

Ziel soll hierbei insbesondere sein, Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Die geplante Regelung zur Einführung der **Rente** mit 63 Jahren und 45 Versicherungsjahren zielt genau darauf ab: Ungerechtigkeiten beseitigen.

Man muss zugeben, dass die geplanten Regelungen die Wirtschaft vor Herausforderungen stellen werden. Adäquater Ersatz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit so vielen Jahren Berufserfahrung fällt nicht von den Bäumen.

Hier ist die Wirtschaft gefragt, durch die Einbindung von bisherigen Zeitarbeitern, jungen Menschen, Arbeitslosen und ggf. auch ausländischen Fachkräften die Lücke zu schließen. Die deutsche und gerade die hessische Wirtschaft ist weltweit wettbewerbsfähig und wird diese Aufgabe – ebenso wie alle anderen ihr alltäglich begegnenden Herausforderungen lösen.

Es sei auch daran erinnert, dass die Hessische Landesregierung nicht erst seit diesen Plänen an ihrer Seite steht, sondern sie schon seit Jahren mit der Fachkräftekommission unterstützt und damit bundesweit eine Vorreiterstellung innehat.

Der Plan ist Menschen zu begünstigen, die 45, teils bis zu 48 Jahre gearbeitet haben. Insbesondere geht es um das Handwerk. Also Menschen, die weit länger als die meisten anderen und bei körperlich anstrengender Arbeit und das z.B. als Maurer und Dachdecker bei Wind und Wetter zum Wohlstand dieser Gesellschaft beigetragen haben.

Ist eine solche Arbeit bis 67 ausführbar?

Diese außerordentliche Lebensleistung mit einem früheren Renteneintritt zu honorieren, ist nur gerecht.

Die **Mütterrente** stellt- nicht nur finanziell gesehen das Herzstück – der Reform dar.

Diese beseitigt eine der größten Ungerechtigkeiten in unserem Land.

Frauen, die sich für ihre Familien eingesetzt haben, ihrer Kinder wegen auf Karriere verzichteten und damit ihren Männern den Rücken frei hielten, sollen besser gestellt werden.

Kinder sind die Zukunft einer Gesellschaft. Die Leistung sie groß zu ziehen muss honoriert werden und ich möchte der Berliner Koalition für diese bewundernswerte Entscheidung ausdrücklich danken.



Auch die **Erwerbsminderungsrente** wird eine Aufwertung erfahren.

Mit dieser werden Menschen bedacht, die aufgrund von Krankheit nicht oder nur vermindert arbeitsfähig sind und deren Anspruch in der gesetzlichen Rente nicht ausreicht, um über die Runden zu kommen.

Gerade diese Gruppe hat in den vergangenen Jahren erhebliche Einbußen hinnehmen müssen.

Man kann den Sozialverbänden zustimmen, die meinen, die nun geplante Erhöhung um 40 € im Schnitt sei zu gering. Auch ich würde mir hier noch mehr wünschen, aber ich komme nicht umhin, die Zielrichtung als Schritt zur Beseitigung von sozialen Ungerechtigkeiten anzuerkennen.

Es ist eine altbekannte Tatsache, dass egal wo man Geld wegnimmt oder mehr hingibt, Interessengruppen erklären, es könnte noch mehr sein.

Das ist legitim und aus der jeweiligen Sicht auch berechtigt.

Als Politik haben wir aber das Große Ganze im Blick zu haben. Die Landesverfassung verpflichtet uns darauf , Vertreter des ganzen Volkes zu sein. Wir haben daher für ein Höchstmaß an Gerechtigkeit für alle einzutreten.

Die Rentenpläne der Bundesregierung werden diese Gerechtigkeit weiter erhöhen und sind daher zu begrüßen.

CDA-Gruppe im Landtag konstituiert sich Bächle-Scholz erneut Vorsitzende



Die Landtagsabgeordnete aus dem hiesigen Wahlkreis Sabine Bächle-Scholz wurde wieder zur Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU Landtagsfraktion Bei gewählt. der Arbeitnehmergruppe handelt es sich um Abgeordnete der CDU Fraktion und Mitglieder der Landesregierung welche Christlich der Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) angehören oder sich in besonderem Maße für Fragen der Sozialpolitik engagieren. Über die einstimmige Wahl freute sich Bächle-Scholz sehr, da sie auf diesem Weg noch stärker für sozialpolitische Anliegen kämpfen kann.

"Im Regierungsprogramm sind eine Menge Aufgaben aus dem Bereich der Sozialpolitik enthalten. Diese werden jetzt in einzelnen Schritten umgesetzt.", beschreibt die Abgeordnete ihre Aufgabe.

Als besonders wichtig erscheint ihr hierbei, dass schon jetzt klar vereinbart ist, dass im Sozialbudget keine Einsparungen, wie in anderen Bereichen vorgesehen sind, sondern sogar noch mehr Mittel zur Verfügung stehen werden. Bächle-Scholz will sich dabei besonders für die Schuldnerberatung einsetzen.

Als anstehende Themenfelder benannte die Gruppe die Qualifizierung Jugendlicher, um einen reibungslosen Übergang von Schule zum Berufsleben zu ermöglichen. Die angekündigte Beibehaltung der SchuB-Klassen wurde hierbei begrüßt.

Der Equal-Pay-Day am 21.03., so die Mitglieder, müsse stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden. Bis zu diesem Tag müssen Frauen statistisch arbeiten, um das Einkommen der Männer aus dem jeweiligen Vorjahr zu

erzielen.

Als eine nicht hinnehmbare und unverständliche Schlechterstellung der Frauen wurde dieser Umstand gesehen und das gemeinsame Hinwirken auf eine Verbesserung vereinbart.

tarifliche Mindestlohn, Der wie er im Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthalten ist, wurde von den Mitgliedern im Grundsatz begrüßt. "Guter Lohn für gute Arbeit ist eine alte Forderung der CDA, die wir immer vertreten haben und auch gegenüber der CDU diese Position vertreten. Unser Interesse geht aber über den reinen Zahlungsanspruch hinaus. Es hilft niemandem etwas, dass er Anspruch auf 8,50 € pro Stunde hat, wenn er wegen Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Mindestlohn keinen Job findet. Wir halten es daher für geboten die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt genau zu Bedarf beobachten und bei steuernd einzugreifen.", fasste Bächle-Scholz die Position der Mitglieder zusammen.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei in den vergangenen Jahren viel getan worden und Koalitionsvertrag enthalte nun Planungen, um diese weiter zu verbessern. Die CDA-Landtagsgruppe Mitalieder der insbesondere den Pakt für den Nachmittag an Grundschulen, der die freiwillige Ganztagsbeschulung voranbringe und die Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes samt der Ankündigung die Zuschüsse des Landes für Inklusionskinder zu erhöhen positiv hervor.

Die Gruppe, die sich immer am Plenardonnerstag trifft, arbeitet eng mit dem Landesvorstand der CDA zusammen und ist immer offen für Themenvorschläge.



Vorstellung Daniel Wenzel Bürgermeisterkandidat für Kelsterbach



Am 15.06.2014 sind die Bürgerinnen und Bürger in Kelsterbach aufgerufen einen neuen Bürgermeister zu wählen. Unterstützt von anderen Parteien tritt die CDU zu dieser Wahl mit Daniel Wenzel an. Mit ihm habe ich gesprochen.

Unterstützen Sie gemeinsam mit den Freunden in Kelsterbach und mir seine Kandidatur und helfen Sie mit, dass neue Ehrlichkeit und Verlässlichkeit ins Rathaus der Perle am Untermain einzieht.

BS: Herr Wenzel, mit welcher Motivation treten zu dieser Wahl an?

Wenzel:

Kelsterbach ist meine Heimat. Deshalb bin hier auch politisch engagiert. Das tue ich, weil ich möchte, dass in Kelsterbach wieder eine zuverlässige Politik der Offenheit und Transparenz für alle Bürger in Kelsterbach gemacht wird.

BS: Was bedeutet das konkret? **Wenzel**:

Ich setze mich für eine moderne Kommunalpolitik ein, die über Parteigrenzen hinweg objektiv und an der Sache orientiert ausgerichtet ist. In der Vergangenheit haben wir in Kelsterbach bei kritischen Themen erkennen müssen, dass die Menschen in Kelsterbach nicht immer im Mittelpunkt der Entscheidungen im Rathaus standen. Ich will, dass die Menschen und ihre Belange unabhängig vom Parteibuch oder Zugehörigkeit zu einer Interessengruppe wieder ernst genommen werden.

BS:

Ist das nicht selbstverständlich?

Wenzel:

Für mich schon. Ich nehme das ernst. Denn was ist wichtiger als die Belange der Bürger? Die Bürger durften aktuell zum Beispiel zur Gestaltung einer Verkehrsinsel Vorschläge einreichen. Das ist ein Thema, bei dem sich die Bürger auch einbringen können. Aber sind damit die Bürger an den kritischen Themen in Kelsterbach beteiligt worden?

Ich meine, unsere kritischen Themen sind unter anderen:



Lärmschutzmaßnahmen für Intelligente mehr Lebensqualität bessere Information betroffenen Anwohner über rechtliche, politische und technische Möglichkeiten die Entwicklung von Gewerbegebieten, das muss im Sinne der Menschen geschehen die Ansiedlung von Chemiefirmen, wollen das die Kelsterbacher? Kontrollen der Emissionen der Industrie in unseren Gewerbegebieten. Jeder kann riechen. Deshalb muss mit Nachdruck auch von amtlicher Seite kontrolliert und informiert werden. Unsere Kelsterbacher Finanzen müssen transparent geordnet werden. Wir haben teils größere Einnahmen als andere gleich große Kommunen im Kreis.

BS: Und wie sieht es für Sie persönlich aus? **Wenzel**:

Es gibt Dinge, die für mich wirklich wichtig sind. Meine Familie. Mein Beruf. Und mein Engagement für Kelsterbach.

Die Bildung unserer Kinder liegt mir am Herzen. Für unsere Jugendlichen habe ich ein offenes Ohr. Für unsere Senioren möchte ich ein altersgerechtes Umfeld. Einen weiteren Schwerpunkt sehe ich in der Integration unserer zugewanderten Mitbürger. Hierzu will ich das Engagement zur Integration bei allen Beteiligten fördern und fordern. Denn allen soll unser Kelsterbach eine gute Heimat sein.

BS: Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Wenzel:

Ich freue mich auf den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Für Sie im Landtag

Tätigkeitsfelder der Abgeordneten

Die CDU Landtagsfraktion hat seit der Landtagwahl 47 Abgeordnete.

Diese sind Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse. Ich selbst bin Mitglied im Kulturpolitischen, im Europa- sowie im Sozial- und Integrationsausschuss. Darüber hinaus im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung.

Wenn Sie sich informieren möchten in welchen Ausschüssen die Kolleginnen und Kollegen tätig sind, können Sie dies über folgenden Link:

http://www.cdu-fraktion-

hessen.de/inhalte/1028436/abgeordnete-nach-alphabet/index.html

SchuB-Klassen

Gerade Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben es oft nicht leicht am Arbeitsmarkt. Um ihre Aussichten zu verbessern, wurden sog. SchuB-Klassen ins Leben gerufen.

Bei diesen lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur in der Schule, sondern auch im Betrieb. Hierdurch können potentielle Arbeitgeber sie kennen- und schätzen lernen. Das System hat sich bewährt und zu geringerer Jugendarbeitslosigkeit und höheren Abschlussquoten geführt.

Nun laufen Fördermittel der Europäischen Union (ESF – Europäischer Sozialfonds), die dem Projekt bislang zu Gute kamen aus.

Die Landesregierung hat angekündigt, die fehlenden Mittel aus dem Landeshaushalt aufzustocken und so den jungen Menschen weiter beste Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Erhalt Meisterbrief

Die Europäische Kommission hat angekündigt die Zulassungsbeschränkungen bei der Berufsausübung zu prüfen und ggf. zu reduzieren.

Dies, so die einhellige Auffassung von Hessischer Landesregierung und den sie tragenden Koalitionen darf nicht zu einer Beeinträchtigung des deutschen Handwerks führen, dass durch seine vorbildliche Fortbildungspolitik mit dem Meisterbrief als oberstes Ziel unschätzbare Arbeit für die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt bietet.

Für den Erhalt des Meisterbriefs stehe ich im Dialog mit unserem Europaabgeordneten Michael Gahler.

Herbsterlass

Die hessischen Kommunen sind in der Summe hochverschuldet. Dies ist keine Neuigkeit und auch dass sie sparen müssen ist bekannt.

Trotzdem gab es große Aufregung über den sog. Herbsterlass des Innenministeriums Peter Beuth, in dem angekündigt wird künftig verstärkt auf die Einhaltung der kommunalen Haushaltsdisziplin zu achten.

Dieses Signal, wurde durch die kommunalen Spitzenverbände harsch kritisiert, wobei ihnen scheinbar entging, dass sie lediglich an ihre gesetzlichen Pflichten erinnert wurden. Gänzlich unverständlich war die Behauptung des Präsidenten des Hessischen Landkreistages Erich Pipa (SPD), der Erlass sei nicht abgestimmt gewesen. Tatsächlich wurde dieser zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Innenministerium seit Ende 2012 diskutiert.

Die Hessische Landesregierung will verlässlicher Partner der Kommunen sein und ihnen eine solide Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Es kann aber nicht angehen, dass die Kommunen ihrerseits nicht nach Einsparpotentialen suchen.

Kommunaler Schutzschirm

Der kommunale Schutzschirm, der Mitte 2013 über 100 hessischen Kommunen und Kreisen aufgespannt wurde ist eine Erfolgsgeschichte.

Nahezu alle Teilnehmer melden in diesen Wochen die mit dem Land vereinbarten Zielvorgaben einzuhalten oder sogar zu übertreffen.

Der Kreis Groß-Gerau bildet hier eine unrühmliche Ausnahme, indem der erste Haushaltsentwurf die Zielvorgaben um mehrere Millionen verfehlte und ein Defizit von 30 Mio. € aufweist. Er verfehlt damit die Schutzschirmvorgabe um 10 Mio. €.

Dies war Versagen mit Ansage, wussten Landrat Thomas Will und die Rot-Grünen Mehrheitsfraktionen genau, dass der Haushalt nicht genehmigt werden würde.

Versucht haben sie es dennoch und werfen nun dem Land vor unrealistische Ziele gesetzt zu haben. Wenn diese Behauptung zuträfe, bliebe zu fragen, weshalb andere Kreise es schaffen und weshalb der Kreis Groß-Gerau diesen Zielvorgaben zustimmte.

Für den Mai erwarten wir den nächsten Versuch.

Für Sie vor Ort

Kreisparteitag

Am 15.03. kam die CDU im Kreis Groß-Gerau zu ihrem jährlichen Kreisparteitag zusammen.

Auf der Agenda stand diesmal unter anderem die Neuwahl des Kreisvorstandes.

Aus dem Wahlkreis 47 wurden hierbei Ines Claus (Bischofsheim) und OB Patrick Burghardt (Rüsselsheim) als Stellvertreter, Peter Ziemainz als Schatzmeister sowie Mario Bach (Ginsheim-Gustavsburg), Francisco Corro (Kelsterbach), Ingo Kalweit (Bischofsheim) und Viviane Tancik (Raunheim) als Beisitzer gewählt.



In seiner Rede hob der Kreisvorsitzende Stefan Sauer die Erfolge in der Vergangenheit hervor, die nicht nur inzwischen sieben Bürgermeister bedeuten, sondern die erfolgreiche Verteidigung der Direktmandate für Landtag und Bundestag einschließen.

Auf diesem Weg, so Sauer, gelte es weiterzugehen und sich nicht zurückzulehnen. Mit der Bürgermeisterwahl in Kelsterbach am 15.06. und der Europawahl am 25.05. stünden große Aufgaben vor der Tür.

Bei seinem Grußwort rief der Europaabgeordnete Michael Gahler ebenfalls zum Wahlkampf auf. Er wies daraufhin, dass man Europa nicht radikalen Kräften überlassen dürfe, sondern es gerade in Zeiten wie dieser mit der Krim-Krise einer stabilen und verantwortungsvollen Führung bedürfe, die einzig die

Europäische Volkspartei stellen könne.

Mein eigener Redebeitrag als Bericht aus dem Landtag drehte sich um die Koalitionsvereinbarung und welche Auswirkung diese auf den Kreis hat.

Politischer Aschermittwoch

Zum traditionellen Heringsessen traf sich der Kreisverband am Aschermittwoch (05.03.) in Kelsterbach.

Die Ortswahl fiel auf die Perle am Untermain wegen der anstehenden Bürgermeisterwahl.

Daniel Wenzel, der CDU-Kandidat nützte die Gelegenheit, um für Unterstützung zu werben. "Ehrlichkeit" und "Miteinander" wolle er in Kelsterbach wiederbeleben. Die Stadt sei besser, als der Amtsinhaber sie sein lasse. Er zeigte sich überzeugt, mit einem neuen Führungsstil werde die Zuversicht zurückkehren.



Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 10 -

Schwarz-Rote Koalition im Bund Gastbeitrag von Dr. Franz Josef Jung MdB

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen und innerhalb der Großen Koalition wird die CDU Deutschlands Zukunft in den kommenden vier Jahren aktiv gestalten.

Das Wählervotum der Bundestagswahl brachte zum Ausdruck, dass eine deutliche Mehrheit der Menschen in unserem Land die Politik von CDU und CSU unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für richtig und gut erachten.

Es ist nur folgerichtig, dass die nachweislich erfolgreichen Leitlinien der vergangenen Jahre auch in dem Koalitionsvertrag für die kommenden vier Jahre enthalten sind. Es waren harte und teils kontroverse Verhandlungen doch im Ergebnis kann die CDU - kann ich persönlich - Vollzug melden.

Solide Finanzen waren und sind ein Markenzeichen der CDU. Im Bundestagswahlkampf haben wir uns dafür ausgesprochen, ab 2015 im Bund keine neuen Schulden zu machen, denn nur so schaffen wir gute Bedingungen für die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Dieser Ansatz ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Die vergangenen Jahre waren für die deutsche Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt besonders erfreulich. Die CDU stand und steht dazu, dass Steuererhöhungen dieser positiven Entwicklung entgegentreten würden. Unser Nein zu Steuererhöhungen ist ein la zu sicheren Arbeitsplätzen und einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. Auch hier zeigt sich die klare Handschrift der CDU.

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Die Union hat sich stets für das Ehegattensplitting und die Mütterrente für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, eingesetzt. Beides wird auf Betreiben der CDU in der Großen Koalition realisiert.



Die Union hat sich von Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise an dafür ausgesprochen, dass Solidarität und Solidität zwei Seiten einer Medaille sind. Eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa hat die CDU stets abgelehnt und sie wird in Zukunft auch nicht kommen.

Im Bundestagswahlkampf haben wir dafür geworben, an Kriminalitätsschwerpunkten die Videoüberwachung zu erweitern, um einen Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit zu leisten. Auch hier hat sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Das Thema Verkehrsinfrastruktur und Lärmschutz ist insbesondere im Kreis Groß-Gerau von besonderer Bedeutung. Es war und ist mir ein besonderes Anliegen, die Wirtschaftlichkeit von Großprojekten in Einklang mit einer notwendigen Verbesserung des Lärmschutzes zu bringen. Der Koalitionsvertrag bietet dafür eine sehr gute Grundlage. Die Überprüfung der Grenzwerte im Fluglärmschutzgesetz, eine stärkere Fokussierung des Lärmschutzes bei der Festlegung von Flugverfahren sowie die Stärkung der Fluglärmkommissionen machen deutlich, dass dieses Thema in Berlin Gehör findet.

Die Positionen der CDU innerhalb der Großen Koalition sind klar und deutlich zu erkennen. Die CDU will, dass es allen Menschen in unserem Land 2017 besser geht, als heute. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gemeinsam mit Ihnen gelingen wird.

Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 11 -



Neujahrsempfang der Europaunion "Freude schöner Götterfunken" Grußwort beim Neujahrsempfang der CDU



Neujahrsempfang des Gewebevereins Rüsselsheim Die CDU-Mannschaft prominent in der Mitte



Beim Neujahrsempfang des Gewerbevereins Rüsselsheim mit Ivo Zeba



Jahresempfang der Stadt Ginsheim-Gustavsburg -Die Leseeulen erhalten den Bürgerpreis



Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 12 -



Fastnachtsumzug Bischofsheim Ehrensenat des BCV mit dem Ehrenvorsitzenden der Gemeindevertretung Hugo Berg und Gerold Reichenbach MdB



KFK-Sitzung in Nauheim mit Bürgermeister Jan Fischer



Schwarze 11 in Rüsselsheim mit Freunden aus dem Schwarzwald



Frühschoppen der Närrischen Achse Bischofsheim mit Chris Schmitt



Närrischer Seniorennachmittag in Kelsterbach



Kreppelkaffee des VdK in Gustavsburg

Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 13 -

Ehrung von Uwe Solinger für 40 Jahre Mitgliedschaft in der CDU





Vorlesetag in der Stadtbücherei Rüsselsheim



Neues Büro und alter Ausweis



Answeises bei der Ausübung ihres Mandats zu unterstützen.

Wiesbaden, den 02.01.2012

La fluctus

Der Präsident
des Hessischen Landtags
Gültig bis 17.01.2014

Ban Ce - Sloce

Unterschrift der Ausweisinhaberin

Hessischer Landtag- Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden
Tel. 0611/350-0 - www.hessischer-landtag de



Neujahrsempfang der CDU Bischofsheim mit Staatsekretär Dr. Meister

Mitgliederversammlung der Jungen Union Mainspitze



Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 14 -

Klausurtagung des Arbeitskreises Schulpolitk





Der Arbeitskreis Sozialpolitik der Landtagsfraktion





Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen sitzen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Wagner, Ministerpräsident Bouffier und Dr. Jung nur CDUler am Tisch – Nach Abschluss sitzt mit Tarek Al-Wazir der Vorsitzende unseres neuen Koalitionspartners

dabei - gelungene Arbeit, meine Herren



Unsere Groß-Gerauer Delegierten beim Landesparteitag zur Wahl der Europaliste

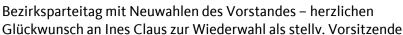


Unser Kandidat für Europa Michael Gahler gewählt auf Platz 2 der Landesliste

Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 15 -



Grüne Woche in Berlin mit den Kollegen Peter Stephan MdL und Kurt Wiegel MdL







Neujahrsempfang der CDU Kelsterbach -Daniel Wenzel wurde als Kandidat für die

Bürgermeisterwahl aufgestellt. Wir stoßen an auf harte Arbeit und einen glücklichen Ausgang.



Hinein in die Arbeit – Infostand zur Bürgermeisterwahl in Kelsterbach mit Unterstützung der Vorsitzenden der JU Rüsselsheim-Raunheim Viviane Tancik



Besuch der Arbeitskreise Schule und Sozialpolitik der Kreistagsfraktion bei der IHK Darmstadt zur Information über die "Zukunftswerkstatt"



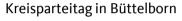
Girls' Day im Hessischen Landtag

Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 16 -



Närrischer Frühschoppen bei Ingeborg mit den Freunden aus Ginsheim-Gustavsburg

Aktion Lebensbaum der CDU Nauheim





In de Bütt' beim Närrischen Seniorennachmittag Raunheim



Helferfest der Kreis CDU für die Wahlkämpfer





Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort - 17 -

Impressum: v.i.S.d.P. Sabine Bächle-Scholz MdL - Hessischer Landtag - Schlossplatz 1-3 - 65183 Wiesbaden s.baechle-scholz@ltg.hessen.de

Osterspaziergang

von Johann Wolfgang von Goethe (Faust I)

Vom fise befreit sind Strom und Bäche

Durch des Frühlings holden, belebenden Blick, Im Jale grünet Hoffnungsglück;

Der alte Winter, in seiner Schwäche, Zog sich in rauhe Berge zurück.

Von dort her sendet er, fliehend, nur Chnmächtige Schauer körnigen fises In Streifen über die grünende Flur. Aber die Sonne duldet kein Weißes, Überall regt sich Bildung und Streben, Alles will sie mit Farben beleben;

Doch an Blumen fehlts im Revier, Sie nimmt geputzte Menschen dafür. Kehre dich um, von diesen Höhen Nach der Stadt zurück zu sehen! Aus dem hohlen finstern Jor Dringt ein buntes Gewimmel hervor.

Jeder sonnt sich heute so gern. Sie feiern die Auferstehung des Herrn,

Denn sie sind selber auferstanden: Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern,
Aus Handwerks- und
Gewerbesbanden,
Aus dem Druck von Giebeln und
Dächern,

Aus der Straßen quetschender £nge, Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht Sind sie alle ans £icht gebracht.

Sieh nur, sieh! wie behend sich die Menge

Durch die Gärten und Felder zerschlägt,

Wie der Fluß in Breit und Länge So manchen lustigen Nachen bewegt, Und, bis zum Sinken überladen, Intfernt sich dieser letzte Kahn.

Selbst von des Berges fernen Pfaden Blinken uns farbige Kleider an. Ich höre schon des Dorfs Getümmel, Hier ist des Volkes wahrer Himmel, Zufrieden jauchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein!

(Dieses Motto ist der CDV gemein Drum ist es fein Mitglied zu sein.)